

Motion Tabea Rai (AL), Mohamed Abdirahim (Juso): Unabhängige Untersuchung der Kantons Polizei zu Racial Profiling und Stellungnahme zu den Äusserungen von Regierungsrat Müller

Am 2. Februar 2017 hat der Stadtrat die Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, GLP, SP, GB/JA! (Christa Ammann, AL/Peter Ammann, GLP/Yasemin Cevik/Lena Sorg, SP/Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JA!): Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei erheblich erklärt.

Am 11. Juni 2020 wurde eine interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP, GFL/EVP, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Marianne Schild, GLP/Brigitte Hilty Haller, Michael Burkard GFL/Mohamed Abdirahim, JUSO/Tabea Rai, AL): Wie ist der Stand der Umsetzung bei den Massnahmen zur Vermeidung von Racial und Ethnic Profiling in Bern, eingereicht.

Am 17.06.2020 äussert sich Regierungsrat Philippe Müller im Bund zum Thema Racial Profiling. «Für Müller ist hingegen klar: «Die Kantonspolizei Bern betreibt kein Racial Profiling.» Wenn ein dunkelhäutiger Mann im Perimeter Reitschule kontrolliert werde, dann tue die Polizei das auf einen konkreten Verdacht hin. «Der illegale Drogenhandel dort ist nun mal in der Hand von Farbigen aus Afrika. Als dunkelhäutiger Mann muss man bei der Reitschule deshalb damit rechnen, allenfalls von der Polizei kontrolliert zu werden.»

Neben der Behauptung, dass die Kantons Polizei kein Racial Profiling betreibt, wird im nächsten Satz gleich der Beweis geliefert. Die Erklärung von Regierungsrat Müller, warum POCs im Umfeld der Reitschule unter Generalverdacht gestellt werden, ist nicht nur rassistisch, sondern zeigt gerade, dass und wie bei der Kantonspolizei nach wie vor Racial Profiling betrieben wird. Bei Racial Profiling handelt es sich um ein systematisches und strukturelles und nicht um ein individuelles Problem, wie dies von Seiten der Polizei behauptet wird.

Die Motionär*innen erwarten, dass der Gemeinderat zu dieser Aussage Stellung nimmt und wollen wissen, ob er bei Nichteinhalten von den im Vorstoss vom 2. Februar 2017 geforderten Massnahmen Sanktionen oder eine Kündigung der Leistungsvereinbarung in Betracht zieht?

Die Motionär*innen fordern den Gemeinderat mit diesem Vorstoss auf, Racial und Ethnic Profiling bei der Kantonspolizei von einer unabhängigen Stelle untersuchen zu lassen. Falls die Kantonspolizei sich nicht an der Untersuchung beteiligen möchte, soll der Gemeinderat selbständig eine Untersuchung in Auftrag geben.

Begründung der Dringlichkeit

Hierbei handelt es sich um eine bereits länger bekannte Problematik, welche von Seiten der Polizei seit Jahren abgestritten wird. Rassistische Diskriminierung ist als ein gesellschaftliches Problem aller Institutionen, Organisationen und Behörden der Kantone und des Bundes anzuerkennen. Diskriminierende Effekte institutioneller Praktiken müssen reflektiert und mit geeigneten Massnahmen bekämpft werden. Es muss jetzt gehandelt werden!

Quelle: Bund 17.6.2020 <https://www.derbund.ch/polizeidirektor-mueller-sieht-keinen-handlungsbedarf-910569685831>

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 25. Juni 2020

Erstunterzeichnende: Tabea Rai, Mohamed Abdirahim

Mitunterzeichnende: -